

José Ovejero, Jordi Puntí

## **Reflexionen zu einem friedlichen Dialog**

(Juni 2023, übersetzt von Michael Ebmeyer)

Nachdem wir uns im Januar 2023 in Zaragoza, etwa auf halber Strecke zwischen unseren Wohnorten, getroffen und persönlich kennengelernt hatten, schickte José am 3. Februar den ersten Brief dieses schriftlichen Dialogs. Anfangs galt es festzustellen, woher jeder von uns kam, was die Identitätsmerkmale waren, die uns ausmachten, sei es als biografischer Imperativ oder aus eigener Entscheidung. Da wir beide Schriftsteller sind, überrascht es nicht, dass José mit einem Gedicht begann, das er vor vielen Jahren geschrieben hatte, als Ausdruck seiner antinationalistischen Haltung und seiner Skepsis gegenüber kollektiven Identitäten (diesen Aspekt nuancierte er später noch); und dass Jordi mit einem Auszug aus einer seiner Erzählungen reagierte, in dem ein Klassenbewusstsein in Konflikt gerät mit der Neigung vieler Arbeiter, rechtsnationalistische Politiker zu unterstützen.

Bei allen feinen Unterschieden erkannten wir bald, dass uns ein ausgeprägtes Misstrauen gegen politische Dogmatismen einte. Wir hatten sowohl die Ablehnung essentialistischer Nationalismen gemeinsam, des spanischen ebenso wie des katalanischen, als auch die Besorgnis wegen des Anwachsens einer extremen Rechten in einem Land – Spanien –, in dem es am Ende der Franco-Diktatur weder Schuldige noch Strafen hatte geben sollen. Der Einstieg in unseren Dialog verlief also über Punkte, an denen wir übereinstimmten und die bei uns beiden einen ähnlichen ideologischen Rahmen absteckten: tolerant und progressiv.

Diskrepanzen würden sich im weiteren Verlauf ergeben.

Einig waren wir uns auch im kritischen Blick auf das spanische Justizsystem, das vor einigen Jahren harte Urteile gegen die Politiker:innen gefällt hatte, die für das illegale Referendum in Katalonien vom 1. Oktober 2017 verantwortlich waren. Die meisten von ihnen wurden wegen „Volksverhetzung“ zu langen Haftstrafen verurteilt. Wir meinten beide, dass diese Justiz eine verknöcherte Institution sei; dass sie über viele Jahrzehnte vererbte Haltungen weiter pflege, gemäß denen die Einheit des Staatsgebiets tendenziöse Auslegungen von Gesetzen rechtfertige; und dass sich dahinter das altbackene Selbstbild eines Landes mit Konquistadoren-Vergangenheit abzeichne. Die Politisierung der Justiz in Spanien steht jeglichem Szenario von Dialog und Verständnis für die katalanische Wirklichkeit im Weg.

Jordi wies in seinem ersten Brief auch darauf hin, dass unser Meinungs austausch asymmetrisch begann, denn er musste, um die Kommunikation mit José zu erleichtern, auf Kastilisch schreiben. Das ist zwar eine der beiden Sprachen, mit denen er aufwuchs, doch es liegt auf der Hand, dass seine Art zu denken und sein Eintreten für Kataloniens Recht auf Selbstbestimmung untrennbar mit dem linguistischen und kulturellen Reichtum der katalanischen Sprache verbunden sind. Darum wurde ja auch das katalanische Verlangen nach Unabhängigkeit historisch immer vom Dominanzanspruch des spanischen Staates genährt, gerade was Identitätsmerkmale wie die Sprache und die von Katalonien hervorgebrachte Kultur betrifft. Unweigerlich sind Sprache und Kultur phasenweise zum Hauptthema unseres Austauschs geworden.

Natürlich nicht zum einzigen Thema. Doch wo es aufkommt, dürfte es hervorstechen und vermutlich einige verärgern; denn es rührt an tief verankerten Haltungen, die oft wie eine kollektive Identität wirken – auch wenn etwa die weit zurückreichende ökonomische Benachteiligung Kataloniens ein ebenso großer Gegenstand der Kontroverse ist.

Von Beginn an betonte José seinen Argwohn gegenüber der katalanischen Politik, gegenüber einem rechtsgerichteten *Independentisme*, der auf einem potentiell ausschließenden Nationalismus fuße. Barcelonas Ruf als besonders moderne Stadt und die wirtschaftliche Bindung Kataloniens an den Rest Europas könnten mit einer Unabhängigkeit Kataloniens dahin sein; nicht nur wäre das neue Land kein EU-Mitglied mehr, sondern es bestünde die Gefahr, dass die nationalistische Radikalisierung dort reaktionäre Kräfte an die Macht brächte. Schon heute sei die Tendenz zu einem ausschließenden Nationalismus in Katalonien vorhanden; sie halte sich bloß bedeckt, weil die Unabhängigkeit nur mit der Unterstützung von Nicht-Nationalisten zu erreichen sei.

Jordi hielt die Gefahr eines katalanischen Rechtsrucks für gering, stimmte aber zu, dass es gelte, wachsam zu sein. Wir nahmen bei diesem Thema unterschiedliche Standpunkte ein, allerdings befanden wir beide, dass es sich um eine fern liegende, sehr unwahrscheinliche Möglichkeit handele – und dass es besser wäre, über realistischere Szenarien zu diskutieren.

Mit dem dritten Brief brachte Jordi einen Vorschlag ein, der auf mittlere oder längere Sicht zugleich einen Fluchtpunkt und eine fruchtbare Debattengrundlage bilden könnte. Wäre für José ein legales Referendum über den Status Kataloniens vorstellbar? (Also etwas ganz anderes als die illegale – und, laut Jordi, nicht wirklich ernst gemeinte – Abstimmung vom 1. Oktober 2017, die mit massiver Polizeigewalt gegen die Wählenden einherging.) Referendum ist in Katalonien nach wie vor ein Zauberwort, doch müsste geklärt werden, unter welchen Bedingungen es abgehalten werden könnte – oder auch, was dann zur

Auswahl stehen sollte. Zum Beispiel Föderalismus oder Unabhängigkeit? Status quo oder Unabhängigkeit?

Jordi fügte hinzu, Spanien sollte in einem solchen Referendum die Chance sehen, sein politisches System zu modernisieren, auch was zum Beispiel die Frage nach der Monarchie betrifft (bisher ein Tabuthema) – und wieder so demokratisch zu werden wie in der Zweiten Republik, also vor dem Bürgerkrieg, der zur Diktatur Francisco Francos führte.

José wollte die Frage nach dem Referendum nicht gleich beantworten. Er zog es vor, damit eher bis zum Ende des Austauschs zu warten, um zuvor das Für und Wider gut abzuwägen und einige konkrete Aspekte der spanischen Politik und des Rechtssystems zu analysieren, den Ursachen des historischen Konflikts zwischen Katalonien und Spanien nachzugehen und vor allem den aktuellen Stand dieses Konflikts sowie mögliche Wege für Dialog und Lösung zu besprechen.

Während wir unsere Briefe austauschten, lasen wir beide Eugenio Trías' *La Cataluña ciudad* (1984 veröffentlicht) und Lola Garcías *El muro* (2022), um unser Urteilsvermögen zu den historischen Dimensionen des Konflikts zu schärfen. Trías' Essay regte uns an, über die Rivalität zwischen Barcelona und Madrid zu sprechen und über das Bild, das sich jeweils die eine Stadt von der anderen macht. Es war interessant zu sehen, wie Trías Barcelona als Modell für eine offene, progressive, kreative Zivilgesellschaft betrachtet, hingegen Madrid als Musterbeispiel für eine verschlossene, traditionsverhaftete Gesellschaft, in der Vergangenheit befangen und sehr auf die eigene Vorherrschaft bedacht. Das ist gewiss eine eher holzschnittartige Sicht, und doch bekannte José, dass er als Madrider Jugendlicher neidisch war auf die Freiheit und Kreativität, die er im urbanen Katalonien auszumachen glaubte; und dass auch er, im Gegensatz dazu, die spanische Hauptstadt damals als bedrückend und rückwärtsgewandt empfunden hat. Mit der berühmten *movida madrileña* – dem großen popkulturellen Aufbruch im Madrid der achtziger Jahre – änderte sich das zum ersten Mal, doch die Institutionen blieben vom Wandel weitgehend unberührt.

Auf der anderen Seite stiftete Lola Garcías Buch zwischen uns eine Unterhaltung über die vielen politischen Versuche an, die schon unternommen worden sind, um neue Vereinbarungen zwischen Katalonien und Spanien zu treffen. Immer wieder schienen Lösungen möglich, doch nie wurde eine abschließende Einigung erzielt, entweder aus Mangel an Flexibilität oder aus wahltaktischen Motiven. Die Tatsache, dass Verhandlungen zwischen spanischen und katalanischen Politiker:innen oftmals im Geheimen stattfanden, sagt nicht nur viel über das Misstrauen innerhalb der politischen Sphäre aus, sondern auch über das zwischen der spanischen und katalanischen Bevölkerung: Dass die jeweiligen Führungen überhaupt miteinander verhandeln, wird manchmal schon als eine Art Verrat betrachtet.

Nachdem jeder von uns ein halbes Dutzend Briefe geschrieben hatte, erklärte José seine Haltung zum Referendum: Er glaubt nicht, dass es den Konflikt lösen wird, dennoch hält er es für notwendig. Zwar befürchtet er, es werde auf beiden Seiten wieder den ranzigsten Nationalismus wachrufen – wobei der spanische auf die Armee und auf das staatliche Justizwesen zurückgreifen könne –, doch angesichts der fortdauernden Auseinandersetzung zwischen zwei Gesellschaften sieht er keine andere Möglichkeit, voranzukommen, als die Bevölkerung zu befragen. Auch weil der Konflikt nicht nur zwischen Katalonien und Spanien bestehe, sondern sich innerhalb Kataloniens reproduziere.

Jordi hält das Referendum für einen unverzichtbaren Schritt, wobei er sich über das Ergebnis alles andere als sicher ist.

Beide sind wir uns bewusst, dass sich im spanischen Staat erst vieles ändern müsste, damit ein solches Referendum möglich würde oder auch nur ernsthaft darüber geredet werden könnte. Nicht nur wegen der nötigen Verfassungsänderungen, sondern vor allem wegen des Mentalitätswandels auf beiden Seiten, der dafür erforderlich wäre.

Im Lauf unseres Austauschs entwarfen wir, halb im Scherz, die Möglichkeit, eine Versammlung kluger Köpfe aus verschiedenen Bereichen der Gesellschaft einzuberufen – Intellektuelle, Historiker:innen, Wirtschaftsexpert:innen, Künstler:innen, Aktivist:innen –, die aus ihren jeweiligen Perspektiven sowohl die Ursachen und Eigenheiten des Konflikts untersuchen als auch mögliche Lösungswege, einschließlich des Referendums, erkunden würden. In einem Anfall von Argwohn schlug Jordi vor, dass Politiker:innen von einem solchen Kongress ausgeschlossen bleiben sollten, oder jedenfalls aktive Politiker:innen, die den Konflikt oft für kurzfristige Zwecke ausnutzten und für den schnellen Effekt zur Not ihre Überzeugungen über Bord würfen. Natürlich dürfte so ein Kongress, oder besser gesagt: so eine Kongressreihe, nicht der Durchsetzung einer vorab formulierten Lösung dienen – deshalb ja der Ausschluss von Politiker:innen, damit es kein Machtspiel wird –, sondern er müsste sich der Analyse, dem Verstehen, der Verständigung widmen. Daher hielten wir es für sinnvoll, dass bei diesen Kongressen auch auswärtige Stimmen gehört würden, die das Thema vermutlich weniger voreingenommen sehen als viele Spanier:innen und Katalan:innen. In jedem Fall wären solche Versammlungen eine Ausweitung dieses Gesprächs, dieses Versuchs eines Dialogs, auf Menschen ganz unterschiedlicher Herkunft, mit ganz unterschiedlichen Erfahrungen, aus ganz unterschiedlichen Blasen (ein wiederkehrendes Thema unseres Austauschs war auch, wie wir in Blasen leben, geschaffen von den Medien, der Sprache, unserem Umfeld, und wie uns diese manchmal unempfänglich für die Sichtweise des anderen machen).

Die spanischen Regional- und Kommunalwahlen, die gegen Ende unserer Korrespondenz abgehalten wurden und einen deutlichen Sieg der konservativen PP sowie einen Vormarsch

der Rechtsextremen brachten – und in der Folge eine Reihe von Bündnissen dieser Kräfte in Regionalregierungen und Stadtverwaltungen –, waren für uns eine Ohrfeige der Realität. Unsere Bemühungen wurden damit erst recht unrealistisch. Die jüngste Verschiebung der politischen Landschaft macht den Dialog noch weniger wahrscheinlich, sie droht jedes Fünkchen Flexibilität zu ersticken. Die vorgezogenen Parlamentswahlen, die Ministerpräsident Pedro Sánchez ausgerufen hat, werden ein verändertes Panorama ergeben und die spanisch-katalanische Frage für die nächsten Jahre neu verorten, vielleicht radikalisieren. Möglicherweise werden die Parteien der spanischen Linken weiter regieren können, jedoch einmal mehr nur mit der Unterstützung baskischer und katalanischer Nationalist:innen. *Same old story*, noch einmal von vorne. Erlangen hingegen die Rechte und die extreme Rechte – beide vertreten einen fanatischen spanischen Nationalismus – die absolute Mehrheit im Parlament, wird die Situation hinsichtlich der spanisch-katalanischen Beziehungen unvorhersehbar.

Wenn wir uns in Westfalen treffen, werden wir die Ergebnisse kennen. Es könnte sogar der Fall eintreten, dass die beiden spanisch-nationalistischen Parteien für eine Regierungsbildung auf die eher rechts stehenden Kräfte aus dem baskisch- und katalanisch-nationalistischen Spektrum angewiesen sind – mit sehr seltsamen Folgen. Doch greifen wir den Ereignissen nicht vor.

Jedenfalls empfindet Jordi, der, anders als José, den Dialog mit einem gewissen Optimismus begann, die Situation nun als stark erschwert.

Ist unser Beitrag zu den „Westfälischen Friedensgesprächen“ am Ende der Mühe wert gewesen? Sind wir zu wenig mutig gewesen, haben wir, obwohl wir Romanautoren sind, nicht genug Phantasie an den Tag gelegt, sind wir zu sehr der Wirklichkeit verhaftet geblieben? Oder ist der Konflikt derart festgefahren, dass er sich schon selbst in eine Fiktion verwandelt hat? So oder so: Der Dialog hat sich auf jeden Fall gelohnt. Zum einen hat er uns, die wir es gewohnt sind, Parallelwirklichkeiten zu erschaffen und zu bewohnen, dazu gebracht, uns gemeinsam verschiedene Szenarien auszumalen; zum anderen war er eine Übung darin, die Welt mit den Augen des anderen zu sehen, was immer ein interessantes Unterfangen ist.

Auch ließ der Austausch uns erkennen, in wie vielen Punkten wir uns einig sind – es waren mehr, als wir anfänglich dachten. Zudem kann diese Übung, allgemein gesprochen, ohnehin nie unnütz sein, und es scheint uns hilfreich, dass sie ihre Öffentlichkeit findet und vor allem ausgeweitet wird auf andere Stimmen. Wenn wir den Gebrauch von Gewalt zur Lösung von Konflikten ausschließen, und das tun wir hiermit, sind Dialog und Verhandlungen die

einzigem Wege zu einer Lösung. Uns ist klar, dass sich Konflikte selten ganz aus der Welt schaffen lassen. Doch Leben in Gesellschaft (und ebenso in einer Partnerschaft, in Familie, in einem Freundeskreis) bedeutet eben, immer weiter zu verhandeln und geeignete Formen zu finden, damit die Konflikte unser Leben nicht zerstören.

Es geht also weniger darum, den Konflikt zu lösen, als ihm seine destruktive Kraft zu nehmen und somit das Leben der Bürger:innen zu verbessern – was das Ziel aller Politik sein sollte, die unseren Respekt verdient. Ob der Weg nun Referendum heißt, Verhandlungslösung oder Neustrukturierung des territorialen Modells; ob daraus ein föderalistisches Spanien entsteht oder die Trennung in zwei Staaten oder irgendeine andere Lösung, die wir uns jetzt noch nicht vorzustellen vermögen: Entscheidend ist, dass die Haltungen nicht zu sehr verhärten und dass nicht die Konfrontation gesucht wird, um ein bestimmtes territoriales Modell gewaltsam durchzusetzen. Und vor allem, dass eine Eskalation vermieden wird, bei der doch meistens das Wohl der Menschen als politisches Anliegen auf der Strecke bleibt. Und dass nationalistische Tiraden gleich welcher Färbung nicht dazu dienen, Korruption oder politische Unfähigkeit mit Geschrei zu verdecken.

Deshalb werden wir, egal, was geschieht, und auch wenn uns zwischenzeitlich jede Zuversicht abhandenkommt, weiter miteinander reden – in der Überzeugung, dass es trotz allem der einzig mögliche Weg ist. Sollen sie uns naiv oder lasch nennen. Wir glauben im Gegenteil, dass es in dieser Zeit nichts Radikaleres gibt, als den Dialog am Leben zu halten und an die Gutwilligkeit der Menschen zu glauben; einiger Menschen zumindest, nicht aller – ganz blöd sind wir ja auch nicht.